

## **EINLADUNG**

### **EINE NATIONALE MENSCHENRECHTSINSTITUTION FÜR DIE SCHWEIZ? DER STANDPUNKT DER PRIVATWIRTSCHAFT**

**Sehr geehrte Damen und Herren**

**Im Rahmen eines Mandats, das ihm vom Bundesrat erteilt wurde, lädt das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, Politische Abteilung IV (Menschliche Sicherheit), Sie zu einer Anhörung<sup>1</sup> zu obigem Thema ein.**

**Die Veranstaltung findet statt am 14. Februar 2008, 14 bis 17 Uhr, im Bundeshaus West, Bundesgasse 1, Zimmer W 340.**

**Um das Thema möglichst konkret diskutieren zu können, schlagen wir Ihnen folgende Gliederung vor:**

- 1) Sieht die Privatwirtschaft konkreten Bedarf für eine nationale Menschenrechtsinstitution? Wenn ja, in welcher Beziehung?**
- 2) Welche Rolle hätte eine solche Institution? Welche Dienstleistungen sollte sie erbringen, insbesondere für die Privatwirtschaft?**
- 3) Wie sollte sie finanziert werden?**

---

<sup>1</sup> Die Anhörung richtet sich nach Artikel 10 des Bundesgesetzes vom 18. März 2005 über das Vernehmlassungsverfahren. Deshalb werden die Adressatenliste und die Beilage zu dieser Einladung auf der Site der Bundeskanzlei veröffentlicht.

## **Anmeldung**

Wir bitten Sie, sich per Mail bei unserer Mitarbeiterin Andrea Aeby **anzumelden** ([andrea.aeby@eda.admin.ch](mailto:andrea.aeby@eda.admin.ch)), die Ihnen auch bei all-fälligen Fragen gerne per Telefon (031 322 47 17) oder Mail zur Verfügung steht.

## **Kontext**

Über 20 europäische Staaten verfügen über eine unabhängige staatliche Menschenrechtsinstitution, die mehrheitlich in den letzten 15 Jahren geschaffen wurden. Beispiele dafür sind etwa das *Deutsche Institut für Menschenrechte* oder das *Dänische Institut für Menschenrechte*. Das letztere ist einigen von Ihnen sicher bekannt wegen der Dienstleistungen, die es im Ausland tätigen Unternehmen anbietet.

In der Schweiz wurde die Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution vor sechs Jahren angeregt. Infolge von zwei parlamentarischen Vorstössen führte das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) im Jahr 2003 breit angelegte Konsultationen, auch bei der Privatwirtschaft.

Am 24. Januar 2007 beauftragte der Bundesrat eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund und Kantonen, den Bedarf und Nutzen einer solchen Institution zu prüfen.

In diesem Rahmen würden wir gerne Ihre Meinung erfahren.